

Ein philosophisches Gespräch

„Die Demokraten wollen Deutschland abschaffen“

Akuratus

Wir setzen das in der Ausgabe 6-2012 begonnene philosophische Gespräch zwischen dem Platoniker Akuratus und seinem Schüler Eligius fort. Ein philosophisches Gespräch ist ein der Wahrheitsfindung dienendes Gespräch, bei dem es um eine Sache von genereller, prinzipieller und existentieller Bedeutung geht.

Eligius: In ihrem Grundsatz-Programm von 2007 behauptet die CSU auf der Seite 9: »Gerade in Zeiten des raschen Wandels braucht unsere Gesellschaft gemeinsame Werte und Ziele. Gemeinsame Werte und Ziele sind das stabile Band zwischen den Menschen. Religiöse Überzeugungen, gemeinsame Tradition, Heimat und Nation halten die Menschen und die Generationen zusammen. Diesen Zusammenhalt zu stärken, ist unsere besondere Aufgabe als Volkspartei CSU.« Stärkt die Volkspartei CSU den Zusammenhalt der Menschen?

Akuratus: Die CSU und die anderen demokratischen Parteien machen das genaue Gegenteil: Mit ihrer anti-patriotischen und anti-nationalen Bevölkerungspolitik zerstören sie den Zusammenhalt der Menschen. Nach nur sechs Jahrzehnten Demokratie gibt es in Deutschland orientalische Parallelgesellschaften. Die demokratischen Parteien fördern mit dem sogenannten „Asylrecht“ die Invasion von Personen, welche unsere Kultur nicht akzeptieren und mit ihren Maximen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Eligius: Hat die von der CSU gestaltete Gesellschaft gemeinsame Werte und Ziele?

Akuratus: Nein. Die von der CSU und den anderen demokratischen Parteien, zielbewußt und systematisch, geförderte Masseneinwanderung aus fremden Kulturkreisen zerstört die ethnische Homogenität und den in Deutschland bestehenden Wertekanon. Die meisten orientalischen Zugereisten lehnen die

abendländischen Werte und Intentionen ab. In zehn bis zwanzig Jahren wird in Deutschland die Gesellschaft nicht mehr von gemeinsamen Werten, Traditionen und Zielen zusammengehalten werden.

Eligius: Von welchen Parteien wurde in Deutschland die Masseneinwanderung am stärksten gefördert?

Akuratus: Von der CDU, der CSU und der FDP. Allein 1989 hat die CDU-CSU-FDP-Regierung mit dem Grundgesetz-Artikel 16(2) 500.000 Afrikaner, Asiaten und Morgenlandbewohner nach Deutschland geholt. Auch jene von Kindergeld und Transferleistungen lebenden orientalischen Großfamilien, welche im Berliner Stadtteil Neukölln die Einheimischen diskriminieren und terrorisieren, wurden unter "Kohl dem Großen" und dem CSU-Minister Dr. Theo Waigel nach Deutschland geholt.

„Die christlich-demokratische Bevölkerungspolitik erfüllt den Tatbestand Landesverrat.“ (Akuratus)

Eligius: Warum ist die Christlich-Soziale Union (CSU) die erfolgreichste Partei Europas?

Akuratus: Weil sie am erfolgreichsten lügt. Zum Beispiel behauptet sie in ihrem Grundsatzprogramm von 1993: **»Die CSU ist die Partei der deutschen Verantwortung. Die CSU hat sich vom Anfang ihres politischen Wirkens an ihrer nationalen Verantwortung gestellt.« ... »Wir werden nicht zulassen, daß Deutschland Einwanderungsland wird.«**

Eligius: Enthält das Grundsatz-Programm der CSU auch einige Wahrheiten?

Akuratus: Im Grundsatz-Programm von 2007 steht zum Beispiel auf Seite 19: »In den sozialen Sicherungssystemen müssen immer weniger Beitragszahler immer mehr Leistungsempfänger finanzieren.«

Auf Seite 28 steht: »Für die CSU ist das christliche Menschenbild bestimmender Maßstab.« Auf Seite 148 steht: »Es muß uns allen Sorge bereiten, daß eine große Zahl von Zuwanderern nicht oder geringfügig integriert ist. Viele Migrantenfamilien leben in Parallelgesellschaften, häufig mit sozialen Problemen wie Bildungsarmut und hoher Arbeitslosigkeit.« Diese Aussagen entsprechen der Wahrheit.

Eligius: Warum fördert die CSU, trotz dieser Einsichten, nach wie vor die Masseneinwanderung in die Sozialsysteme?

Akuratus: Weil sie - wie die anderen demokratischen Parteien - Deutschland abschaffen will.

Eligius: Die Bayern-Hymne beginnt mit dem Satz »Gott mit dir, du Land der Bayern, deutsche Erde, Vaterland!« Diese Aussage paßt nicht mehr, wenn die Bevölkerung Bayerns mehrheitlich aus afrikanischen und orientalischen Zugereisten besteht.

Akuratus: Deshalb muß der Text der Bayern Hymne bald der Realität angepaßt werden.

Eligius: Machen Sie bitte konkrete Vorschläge für die Aktualisierung der Bayern-Hymne.

Akuratus: Statt »Gott mit dir, du Land der Bayern«: »Gott mit dir, du Land der Schwarzen« oder: »Gott mit dir, du buntes Bayern«. Statt »Gott mit dir, dem Bayernvolke«: »Gott mit dir, dem Mischmaschvolke«.

„Die Verdrängung der autochthonen Bevölkerung durch Afrikaner, Asiaten und Morgenländer ist das Ziel der christlich-demokratischen Bevölkerungspolitik.“ (Akuratus)

Eligius: Warum werden afrikanische, asiatische und orientalische Zugerei-

ste durch die Ansiedlung in Deutschland und die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft nach christlich-demokratischen Kriterien zu veritablen Deutschen?

Akuratus: Weil es - nach dem christlichen = demokratischen Menschenbild - keine genetisch bedingten Unterschiede zwischen den verschiedenen Völkern und Rassen gibt.

Eligius: Realiter gibt es aber genetisch bedingte Unterschiede zwischen den verschiedenen Völkern und Rassen.

Akuratus: Die Realität wird jedoch vom christlichen Demokratismus nicht akzeptiert. Aus diesem Grund betreiben die demokratischen Politiker, mit Unterstützung der christlichen Kirchen, eine Bevölkerungspolitik, welche die genetisch bedingten Unterschiede durch Völker- und Rassenmischung biologisch eliminiert. Das unausgesprochene Ziel der christlich-demokratischen Bevölkerungspolitik ist die Eliminierung der natürlichen, respektive gottgewollten Völker- und Rassenunterschiede. Zu diesem Zweck fördern die demokratischen Politiker seit der Mitte des 20. Jahrhunderts, in der Maske des Guten, mit dem sogenannten "Asylrecht" die Masseneinwanderung aus Afrika, Asien und dem Orient.

Eligius: Warum bekennen sich die demokratischen Politiker und ihre ideologischen Verbündeten in den christlichen Kirchen nicht offen und ehrlich zum wahren Ziel ihrer Bevölkerungspolitik?

Akuratus: Weil dieses Ziel, sowohl nach dem Naturrecht als auch nach dem positiven Recht, verbrecherisch ist. Nach dem positiven Recht erfüllt die christlich-demokratische Bevölkerungspolitik den Tatbestand Landesverrat.

Eligius: Warum sind schon viele Kulturen untergegangen, obwohl jede Kultur unbegrenzt leben könnte?

Akuratus: Wegen menschlichem respektive politischem Fehlverhalten.

Eligius: Warum ist das klassische Griechenland untergegangen?

Akuratus: Folgende Faktoren bewirkten den Untergang des klassischen Grie-



chenland: die Demokratisierung = Ochlokratisierung, der Verfall der Moral und des Nationalgefühls, der durch den Individual egoismus verursachte Bevölkerungsschwund, das Opfer der Besten durch Bruderkriege, Revolutionen und Gegenrevolutionen.

Eligius: Der Philosoph Platon hat erkannt, daß die Demokratie Griechenland zugrunde richtet. Deshalb hat er ein Gegenmodell entworfen: den vollkommenen Staat. Wäre Athen durch die praktische Verwirklichung der platonischen Staatsidee vor dem Untergang bewahrt worden?

Akuratus: Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre Athen durch die Etablierung der Aristokratie im Sinne Platons vor dem Untergang bewahrt worden.

Eligius: Warum ist das Römische Reich untergegangen?

Akuratus: Mit einem Satz gesagt: aus Mangel an veritablen Römern. Im 2. Jahrhundert n. Chr. kam das Bevölkerungswachstum in der Westhälfte des Römischen Reiches zum Stillstand. Auch im 3. Jahrhundert ist die Geburtenrate stark zurückgegangen. Im 4. Jahrhundert verwaisten ganze Landstriche. Wie das klassische Griechenland, ist auch das Römische Reich wegen des anhaltenden Rückgangs seiner Bevölkerung untergegangen.

Eligius: Und sowohl im klassischen Griechenland als auch im Imperium Romanum wurde der Geburtenrückgang durch den Individual egoismus verursacht.

Akuratus: Richtig. Ein Leben im Dienst der Gemeinschaft war einst das Ideal der Athener und Römer gewesen. Die Interessen der Gemeinschaft hatten unbedingten Vorrang vor den Interessen des Einzelnen. Jetzt rangierten Eigennutz vor Gemeinnutz. Als die wichtigste Ursache für Glück und Unglück bei allem, was geschieht, muß die Verfassung des Staates betrachtet werden, denn aus ihr fließen nicht allein wie bei einer Quelle alle Pläne und Bestrebungen, sondern durch sie bestimmt sich auch deren Erfolg, sagt Polybios

Eligius: Die Geisteswissenschaftler Professor Dr. Meinhard Miegel und Stefanie Wahl haben im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eine umfassende Untersuchung über die Ursachen der Geburtenarmut in Deutschland und den anderen hoch industrialisierten, demokratischen Staaten durchgeführt und gelangten zum gleichen Ergebnis wie wir. Ich zitiere: **»Kennzeichen dieser Kulturen ist die extreme Betonung der Interessen des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft. Wollen also Bevölkerungen ihre physische Existenz sichern, müssen sie entweder auf die Maximen individualistischer Kulturen weitgehend verzichten oder**

zumindest - im Rahmen dieser Kulturen - die tradierten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ordnungen nachhaltig umgestalten. [...] Stets muß sich die Bevölkerung in praktisch allen Lebensbereich neu orientieren. Ist sie dazu nicht willens oder in der Lage, ist der Verlust ihrer kulturellen Identität nur eine Frage der Zeit. [...] Wissenschaft und Politik sind deshalb gefordert, unverzüglich das notwendige Problembewußtsein zu schaffen.« Diese Untersuchung wurde 1996 in dem Buch »Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst« veröffentlicht. Seitdem sind also siebzehn Jahre vergangen. Hat die CDU-CSU-FDP-Regierung irgend etwas gegen den Rückgang der autochthonen Bevölkerung unternommen?

Akuratus: Nein, rein gar nichts. Die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Auftrag gegebene Studie war rein für die Katz.

„Der christliche Demokratismus fördert den Individual egoismus und damit den Geburtenrückgang.“ (Akuratus)

Eligius: Die Merkel sagt aber immer wieder: »Ich will meinem Land dienen.«

Akuratus: Die glaubt, daß sie unserem Land mit der Förderung der Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme dient. Viele Einwanderer haben inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit, und die meisten leben vom Kindergeld und staatlichen Transferleistungen (Kirsten Heisig in ihrem Buch »Das Ende der Geduld«).

Eligius: Nach nur sechs Jahrzehnten Demokratie gibt es in Deutschland Schulen, an denen die deutschen Schüler die kleinste ethnische Minderheit sind. Trotzdem war die Bevölkerungspolitik im demokratischen Deutschland noch nie ein Wahlkampf-Thema. Warum ist die Bevölkerungspolitik auch im Wahljahr 2013 kein Thema, obwohl der Anteil der autochthonen Deutschen an der Bevölkerung Deutschlands von Jahr zu Jahr kleiner wird?

Akuratus: Weil sich alle demokratischen Parteien in puncto Bevölkerungspolitik vollkommen einig sind. Alle demokra-

tischen Parteien wollen die autochthone Bevölkerung Deutschlands durch ein "buntes", eurasisch-negroides Völker- und Rassengemisch ersetzen. Und weil alle demokratischen Parteien mit den gleichen Methoden das gleiche bevölkerungspolitische Ziel verfolgen, kann keine von ihnen mit einer bevölkerungspolitischen Alternative auf Stimmenfang gehen.

Eligius: Dann ist für veritable Patrioten keine demokratische Partei wählbar.

Akuratus: So ist es. Und weil im demokratisierten Deutschland nur demokratische Parteien zur Wahl stehen, haben die veritablen Patrioten im "freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte" bei Bundestags- und Landtagswahlen de facto keine Wahlfreiheit.

Zielland BRD

Nach mehreren übereinstimmenden Presseberichten zahlte Italien offenbar Wirtschaftsflüchtlingen aus Afrika eine Prämie für die Ausreise in die BRD. In Hamburg tauchten einige Hundert Afrikaner auf, die von den italienischen Behörden, 500 Euro erhielten um nach Deutschland ausreisen zu können.

So berichtete das Hamburger Abendblatt, die aus Italien nach Hamburg gekommenen libyschen Flüchtlinge sind von den italienischen Behörden offenbar gezielt zur Weiterreise nach Deutschland animiert und dabei auch finanziell unterstützt worden. In einem Schreiben des Bundesministeriums des Inneren aus Berlin an die Ausländerreferenten der Bundesländer ist von 500 Euro die Rede, die in Italien unter der Vorraussetzung gezahlt worden seien, daß die Flüchtlinge freiwillig die dortigen Einrichtungen verlassen. Mehrere Tausend hätten davon Gebrauch gemacht. In Hamburg werden einige Hundert dieser „Flüchtlinge“ vermutet, die jetzt in der Hansestadt ohne jede Unterstützung leben müßten.

In „temporären Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen“ waren die Afrikaner, die über das Mittelmeer kamen, in Italien aufgenommen worden.

Die dafür bereitgestellten EU-Mittel liefen nun aus. Italien wollte daraufhin die Afrikaner schnell loswerden, berichtete die Springer-Zeitung „Die Welt“: „Drittstaatsangehörige hätten nach eigenen Angaben 500 Euro von italienischen Behörden erhalten, wenn sie italienische Aufnahmeeinrichtungen, die geschlossen werden, freiwillig verlassen“, heißt es in dem zweiseitigen Schreiben, das das Bundesministerium des Inneren verschickte und das der „Welt“ vorliegt.

Und weiter: „Den Flüchtlingen wurde das Geld mit dem Hinweis in die Hand gedrückt, daß sie nach Deutschland reisen sollten“, heißt es dazu aus der Innenbehörde. Möglich wurde die Einreise nach Deutschland auch durch die unbürokratische Ausstellung von Fremdenpässen und Aufenthaltstiteln durch die italienischen Behörden, die für das gesamte Schengengebiet gelten. Zu diesem gehören die Staaten, die das Schengener Abkommen unterzeichneten, das Reisefreiheit und den Wegfall von Grenzkontrollen beinhaltet.“

Bei den sogenannten Flüchtlingen handelt es sich überwiegend um Wanderarbeiter aus Nigeria, Togo, Mali oder Ghana, die nach dem Überfall des Westmächte auf Libyen nicht in ihre Heimat zurückgingen, sondern sich nach Europa absetzten.

Wie das Bundesinnenministerium schreibt, beabsichtigen die afrikanischen Wanderarbeiter „nach eigenen Angaben einen Daueraufenthalt und/oder die Aufnahme von Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet“. Dabei dürfte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Sommer 2012 hilfreich gewesen sein, wonach Asylbewerber die Leistungen nach dem ALGII-Gesetz („Hartz IV“-Satz) zu erhalten haben. Dies bedeutet eine bezahlte Wohnung zuzüglich etwa 370 Euro im Monat. Andere EU-Staaten bezahlen lediglich eine Sammelunterkunft.